



Blattjahresabonnement: In Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnem. 5 Sgr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Inserionsgebühr für den Raum einer sechshelligen Zeile in Beilage 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernimmt alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 540. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Mittwoch, den 18. November 1874.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 12. Sitzung des Reichstages. (17. November.)

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, Camphausen, v. Friesen, Geh. Rath Michaelis u. A., später Fürst Bismarck.

Das Gesetz über Markenschutz wird in dritter Beratung definitiv genehmigt, worauf die gestern unterbrochene erste Beratung des Entwurfes eines Bankgesetzes fortgesetzt wird. In Bezug auf den Antrag der Abgg. Lasker, v. Minnigerode und Fürst Hohenlohe-Langenburg (Verweisung der Vorlage an eine Commission mit der Bestimmung, sie durch die Einrichtung einer Centralbank zu ergänzen) liegt heute der Antrag des Centrums, Windthorst und Genossen, vor: In Erwägung, daß der Antrag der Abgg. Lasker und Genossen mit § 16 Absatz 2 und 3 der Geschäftsordnung unvereinbar ist, geht der Reichstag über diesen Antrag zur Tagesordnung über.

Abg. Lasker: Ich werde meine Betrachtungen auf das Bankwesen beschränken, nachdem der Zusammenhang dieser Frage mit der Münzreform und dem Metallmarkt von den gestrigen drei Rednern zwar in sehr werthvoller und erschöpfender, aber in einer Weise erörtert worden ist, bei der der eigentliche Gegenstand der Verhandlungen etwas zu kurz gekommen ist. Der Wunsch des Finanzministers, daß wir uns um eine Sache, nicht um einen Namen verhandeln sollen, schließe ich mich an. Wir dürfen nicht an einem Stichwort haften bleiben, sondern müssen unsere letzten Gedanken offen aussprechen über eine Frage, in der nicht allein die Verständigung über Einzelheiten sehr schwer, sondern über die auch in maßgebenden Kreisen die Kenntnis der entscheidenden Stimmungen unvollkommen ist. Die beiden Minister haben gestern als den vermutlich schlimmsten Punkt der Aufsechtung der Vorlage die relative Contingentierung bezeichnet und waren ganz erlautet, als sie Aeußerungen im entgegengesetzten Sinne aus der Mitte des Hauses vernahmen. Und doch war ihre Meinung nur bestimmt durch einen vorwiegenden Theil der Presse, der sich zugleich so weit verließ, jeden Menschen, der jetzt nur die Reichsbank auf die Tagesordnung bringt, als Gegner jedes Zustandekommens eines Bankgesetzes und beinahe als einen Reichsfeind zu markiren. (Sehr wahr!) Keine Regierung dürfte sich dadurch beeinflussen lassen und aus dieser Sprache die Meinung des Landes herauslesen. Gerade die Tendenz der Contingentierung, der Beschränkung der Ausgabe ungedeckter Noten müßte als Gewähr für die Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstages zu dem Gesetze gelten. Die Frage aber, ob sie in Form einer festen Begrenzung der Ziffer oder einer Steuer durchgeführt werden soll, ist eine untergeordnete und ihre Lösung hängt weniger von abweichenden Anschauungen, als von den Umständen und Verhältnissen ab, an die der Entwurf anknüpfen mußte. Eine Klärung ist also zwischen uns nöthig und wir erreichen sie, indem wir genau sagen, was wir eigentlich wollen.

Der Herr Finanzminister hat uns gestern mit dem Ausdruck gewarnt, man habe jetzt nur das Stichwort gewechselt: während man früher gegen die Contingentierung angeknüpft habe, nenne man das Ding jetzt Reichsbank. Das ist so ein Anknüpfen aus den oben geschützten Preisverhältnissen. Er hat aber höflich hinzugefügt, daß er nicht glaube, daß hier im Hause dieselben Ansichten herrschen, denn hier habe man wahre Einsicht in Bankpolitik und bewege sich nicht in den besangenen Stimmungen der Bankiers und Geschäftskreise. Nun, ich nehme diese Höflichkeit für vollen Ernst; denn wir thun unseren Blick weit genug um, um uns weder von den besangenen Rücksichten der Geschäftswelt, der Bankiers oder wie sie sonst bezeichnet worden sind, noch von den besangenen Rücksichten einer einseitigen Finanzpolitik.

In unserem Antrag sprechen wir, soweit als dies mit der Geschäftsordnung vereinbar ist, deutlich aus, was wir wollen und wir haben diesen an sich zulässigen, wenn auch nicht gebahnten, Weg deshalb gewählt, damit aus der ersten Discussion eine übereinstimmende Meinung der Mehrheit des Reichstages klar hervortrete und die Regierung wisse, auf welcher Basis sie operiren könne. Wir haben den Entwurf nicht lediglich an die Commission verweisen wollen, ohne die Begründung zu geben, warum wir dies thun, damit die Regierung wisse, daß wir im Großen und Ganzen mit denjenigen Tendenzen, welche gestern der Herr Präsident des Reichstanzleramtes als leitende Gesichtspunkte des Entwurfes präcisirt hat, zwar einverstanden, aber der Ansicht sind, daß ein gutes Gesetz nur in Verbindung mit einer Reichsbank zu machen sei. Die Tendenz des Gesetzentwurfes besteht in der Abgrenzung der ungedeckten Banknoten, in dem Streben, so weit als möglich eine Gleichmäßigkeit in der Behandlung der Banknoten herbeizuführen, die Zeit anzubahnen, in der die jetzigen Verhältnisse zu einer vollen einheitlichen Bankpolitik umgeleitet werden können und auch darin, daß ein sehr großes Bankinstitut zu Hilfe gerufen werde, um die Ausgleichung in unserer Geldpolitik herbeizuführen zu können. Nun tritt also in erster Linie die Frage hervor: welches ist denn die Reichsbank, welche ihr zur Ergänzung des Entwurfes für so nothwendig haltet? In der Beantwortung dieser Frage hat gestern Herr Dr. Bamberger einen Ausdruck gebraucht, der seine Hingebung an die Sache vollständig bezeichnen sollte, der aber kaum seinen Lippen entronnen, schon einen Erfolg gehabt hat, den Jeder hätte voraussehen können, der etwas von parlamentarischen Vorgängen versteht. Jeder nämlich, dem eine Reichsbank nicht gefallen mochte, fühlte sich zu einem „Ob!“ veranlaßt und daraus entstand ein allgemeines Gemurre, welches von dem nächsten Redner geahndet wurde, um einen Dissens im Hause zu constatiren. Das sind Entreflets, die für den Augenblick dem warmen Gefühl der Hörer sehr viel Ehre machen, die aber in der Sache wenig entscheidend sind.

Herr Abg. Bamberger hat aber vorausgesetzt, daß seine wahrhaft klärende Sodegkeit dieser Verhandlung, die Schrift, welche er zu diesem Zwecke publizirt hat, in erster Linie auch von den Abgeordneten gelesen worden ist. Diejenigen aber, welche diese sehr interessante Broschüre („Die Zettelbanken vor dem Reichstage“) gelesen haben, verstehen, was jener Ausdruck bedeutet. Wenn Herr Dr. Bamberger, ein in Finanzsachen doch nicht völliger Neuling, jagte: „ich nehme jede Reichsbank an“, so meinte er gewiß nicht, jede Tollheit, die in dem Kopfe irgend eines unvernünftigen Menschen entspringt, drückt aber dadurch aus, daß er sich erbietet von vielen seiner Ansichten und auch von der jetzigen, die er theoretisch für gerechtfertigt hält, doch bei Erörterung einer Reichsbank Abstand zu nehmen, weil er lieber will, daß im Einzelnen Fehler gemacht werden, als wenn die Grundlage in unheilbarer Weise verfehlt wird. Der Abg. Bamberger hat etwas sehr laze Principien über die Contingentierung, für mich sind sie viel zu laz. Hört man nun also, daß wir, die Antragsteller, uns mit Herrn Bamberger über eine Reichsbank vereinigt haben, so hat er fürchten müssen, daß die Gegner sagen: „Die sind ja gar nicht unter sich einig, der Eine meint eine in der Notenausgabe contingentirte, der Andere eine nicht contingentirte.“ Darauf hat der Abg. Bamberger erklärt, daß er die an sich etwas theoretisch zugespitzte Frage bei Seite lassen und auf die Contingentierung, wie sie unter Umständen möglich sein werde, eingehen werde, und die Reichsbank zu erhalten. (Abg. Bamberger giebt ein Zeichen der Zustimmung.) Der gestrige Ausdruck war also gar nicht so furchtbar, sondern hat seinen Zweck vollständig consumirt für die Heiterkeit und den Unwillen, den er gestern erregt hat. Wir müssen aber allerdings volle Antwort auf die Frage geben, was wir unter Reichsbank verstehen, und beweisen, daß wir, die Urheber des Antrages, uns darüber klar gewesen sind und nicht etwa den unbefimmten Begriff einer Reichsbank geahndet haben, die vielleicht noch erst eronnen werden soll. Denn kein vernünftiger Mensch zweifelt daran, daß, wenn wir von einer Centralbank sprechen, wir immer nur die Umwandlung der Preussischen Bank für das ganze Reich im Auge haben können. Ueber diesen Punkt sind wir von vornherein einig.

Es tritt nun die zweite Frage an uns heran, ob wir eine Monopolbank wollen. Generell ist diese Frage bereits in unserem Antrage beantwortet, nämlich dahin, daß wir die Centralbank in Verbindung bringen wollen mit der Tendenz des vorliegenden Gesetzes, d. h. in Anlehnung an die thatsächlichen Zustände. Ganz dieselbe Anschauung hat aber auch der Abg. Bamberger hier vertreten und es ist mir ganz unerklärlich, wie der preussische Finanzminister das Entgegengesetzte annehmen und ihm die Tendenz supponiren konnte, er wolle alle Privatbanken unterdrückt und eine reine Monopolbank hergestellt wissen. Mit dem Wort Monopol wird offenbar Mißbrauch

getrieben. Unter Monopol versteht man, daß Jemandem das Recht eingeräumt wird, mit einem Gegenstande zu handeln, mit dem eigentlich alle Welt hätte handeln dürfen, wenn das Privilegium nicht vorhanden wäre. Man versteht aber nicht darunter, daß der Staat in einer gewissen Weise einen Theil seiner eigenen Staats- und Hoheitsrechte durch ein bestimmtes Institut aufheben läßt. In dem ersten, richtigen Sinne ist ja die preussische Bank eine Monopolbank; und es ließe vor Allem die preussische Bank auflösen, wenn man einen anderen Standpunkt als den einer solchen Monopolbank einnehmen wollte. Nun führte der Finanzminister gegen uns das Argument vor, daß ja die liberale Partei selbst von jeder sich gegen eine solche Monopolbank erklärt habe; zuerst wurde das Jahr 1848 genannt und als mir das ein Widerspruch zu alt war, sagte mir ein Unterstützer des Finanzministers: 1856 habe die liberale Partei mit Harlort an der Spitze sich gegen das Monopol und für Bankfreiheit erklärt. Die liberale Partei hat sich aber seit dieser Zeit in ihren volkswirtschaftlichen Begriffen wesentlich mit dem ganzen Volke fortgebildet und ich erinnere dabei nur an das Wort des Reichstanzlers, daß es einem Staatsmanne nicht zur Ehre gereicht, in zwanzig Jahren seine Ansichten nicht geändert zu haben. Schon 1865 war die liberale Partei nicht mehr einig in ihren Anschauungen über eine Staatsbank; denn Walde und Reichenheim gehörten zu ihren begeisterten Anhängern. (Ruf: Wagnere!)

Wagnere gehörte damals noch nicht zur liberalen Partei (Große Heiterkeit), während der Geh. Rath Michaelis die Idee einer Staatsbank aufs Behäufte bekämpfte. Lassen wir uns also durch das Wort „Monopolbank“ nicht zu viel schrecken, es handelt sich gar nicht darum, ob eine solche Bank errichtet werden soll: wir bestätigen sie schon in der gegenwärtigen Vorlage. Der Minister Delbrück habe aber weiter gefragt: will man eine reine Staatsbank, eine reine Privatbank oder ein gemischtes System? Wir haben aber in der That nicht diese theoretische Frage jetzt zu entscheiden. Die Anknüpfung an die Preussische Bank hat zunächst die Bedeutung, daß wir gewillt sind, diejenige gesunde Grundlage aufzunehmen, welche in der Wirksamkeit der Preussischen Bank sich bewährt hat. Ich bin daher auch höchst über die Masse der Fragen erstaunt gewesen, die die Vertreter der Regierungen aufstern genommen haben, statt sich mit der Lösung der dringendsten und unmittelbaren Vorläufe zu begnügen. Ich habe mir auch ein anderes weißes Wort des Ministers Delbrück gemerkt, nämlich daß wir uns nicht beim Abschluß des Vertrages auf allzu lange Zeit oder auf Ewigkeit binden dürfen. Das ist auch meine Meinung, denn wir wollen keineswegs heute diese Frage vom theoretischen Standpunkte aus vollständig entscheiden, sondern es genügt uns, zu untersuchen, ob wir auf der gegebenen Grundlage zu dem Ziele gelangen können, auf welches wir losstreuen. Es ist daher ganz klar, welche Reichsbank wir meinen und bleibt daher nur noch zu berathen, mit welchen Mitteln wir das Ziel erreichen können. Der Präsident des Reichstanzleramtes hat auf die Schwierigkeiten verwiesen, die sich sofort der Behandlung dieser Frage entgegenstellen und die sich auf die Abfindung mit der Preussischen Bank, auf ihre Stellung zu den übrigen Banken mit Rücksicht auf ihre erworbenen Rechte und die Gemüthsheiten des Verkehrs auf die Auseinandersetzung mit dem preussischen Staate u. bezogen.

Nun, m. H., die Motive sowohl, wie der Präsident des Reichstanzleramtes gesehen zu, daß die Reichsbank sich mit diesem Gesetzentwurf ganz und gar vereinigen läßt, der Herr Präsident hat nur darauf verwiesen, daß für dieses Jahr Schwierigkeiten vorhanden gewesen seien. Nun, m. H., die Auseinandersetzung mit der Preussischen Bank ist allerdings ein sehr erheblicher Punkt, ich behaupte aber, daß, wenn man mit gutem Willen und Gründen der Billigkeit auf beiden Seiten ans Werk geht, zur Bewältigung des Zahlenmaterials ein paar tüchtige Calculatoren engagirt und bei der Verständigung auch politische Gedanken in die Waagschale wirft, die Auseinandersetzung mit dem preussischen Staate sehr leicht herbeizuführen ist. Bei der Frage der Entschädigung der Preussischen Bank wird u. A. die Tilgung derjenigen Schuld, welche die Bank damals als Gegenpart für ihre reichliche Concession übernommen hat, gewiß eine Rolle spielen. Es sind dies ca. 3 Millionen und einige Hunderttausend Thaler aus der Anleihe des Jahres 1856. Eine zweite Frage wird der Gewinn-Antheil bilden. Ich bin der Ansicht, daß man die Bankpolitik von vornherein in eine sehr scharfe Richtung drängt, wenn man nach irgend einer Richtung hin den jährlichen Gewinn als Haupttrübsal dabei wälzen läßt. (Sehr richtig!) So wie man bei der Bank den Pfenningrechner spielen will, ist man schon von dem richtigen Wege abgelenkt. (Sehr richtig!) Dann hat die Centralbank gar kein Recht des Betretens mehr, dann ist sie statt einer öffentlichen Anstalt eine bloße Erwerbsgesellschaft. Wenn man aber auch solche Punkte in Erwägung bringt, so meine ich, daß man bei so schwer verständlichen Rechnungen zu dem zwar nicht sehr schönen, aber bei den Regierungen scheinbar sehr beliebten Auskunftsmitel zur Herbeiführung von Ausgleichungen greifen kann, welches wir ja bei der Post ergriffen haben. Ich möchte aber den Herrn Vertreter der preussischen Regierung nebenbei auch daran erinnern, daß letztere gar nicht mehr Herr der Materie ist über die Concession der Preussischen Bank (Sehr richtig!) und daß wir das moralische Eigenthum, für welches wir entschädigt werden sollen, nicht gar zu sehr verkörpern dürfen, wozu Schriftsteller und Markenschutzbefürdiger immer so sehr geneigt sind. (Seiterlei.)

Ferner haben wir ja die Kündigung von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht und wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht gäbe, dann wäre die Preussische Bank so weit, daß sie im nächsten Jahre nicht für einen Pfenning Noten ausgeben würde. Natürlich wird es dahin nicht kommen. Wenn der Reichspunkt erwogen wird, muß man aber auch daran denken, daß nicht die preussische Regierung, sondern das Reich Herr der Materie ist. — Aber es giebt noch ein Auskunftsmitel für Preußen, bei dem eine Verlastung des Reiches ausgeschlossen ist; es können nämlich bei dem neuen Abschluß des Vertrages die Verhältnisse zwischen den Banktheils-Inhabern und der preussischen Regierung sehr wohl verändert werden zum Vortheile des preussischen Staates. Denn es ist nicht nöthig, daß die Banktheils-Inhaber just unbegrenzt Dividenden bis zu 12, 14 oder gar 20 Procent ziehen wollen. Ich habe mehrfach mit Kaufleuten und Banktheils-Inhabern gesprochen, die wohl mit sich zu Rathe gegangen, ob sie das Papier verkaufen sollten, und als sie sich erkundigt hatten und die Gefährdungen von beiden Seiten hörten, zuletzt zu dem Entschlusse kamen, daß, wenn die Bankfakte auch nur so geregelt würde, daß sie später nur 8 Procent erhalten, es sich doch nicht lohnen würde, das Papier zu verkaufen; und diese Herren sind gewiß gerade so gute Rechner, wie irgend ein Finanzmann. Wenn aber wirklich bei der Entschädigung ein Ausfall von irgend welcher für einen Staat doch immerhin nicht so bedeutenden Summe für Preußen eintreten sollte, nun, Preußen hat wirklich schon so viel für das Reich gethan — wenn Sie beispielsweise beim Invalidenfonds die Differenz ansehen, was von Preußen und was vom übrigen Deutschland an Invaliden gestellt worden ist — daß, wo so viel Blut zu Gunsten der allgemeinen Einheit Deutschlands in die Waagschale geworfen ist, es auf ein paar Hunderttausend Thaler nicht ankommen kann. (Beifall.)

Beim preussischen Abgeordnetenhaus wird die Umwandlung der preussischen Bank auf der von uns beschriebenen Grundlage zumal mit dem Zusatze einer billigen Entschädigung sicherlich die Zustimmung einer großen Mehrheit finden selbst dann, wenn Preußen zunächst einen Ausfall in seinem Gewinnantheil erleiden sollte. Es blieben dann nur noch die andern deutschen Regierungen übrig. Aber wenn wir erst so weit sind, daß wir wissen, das Hinderniß liegt allein bei den andern deutschen Regierungen, dann haben wir unsere Sache schon so gut wie gewonnen. Was ich an dieser Vorlage für so sehr bedauerlich halte, ist, daß sie uns in Dingen, in denen es sich um die Einheit des Reiches, um Förderung der Verkehrseinheit handelt, nicht die Leitung der preussischen Regierung bietet, daß die preussische Regierung einwilligt hat, particularistische Gesetze noch mit Entschädigung abzugeben, Es tritt dies in besonderem Maße Baiern gegenüber hervor, welchem das Recht einer größeren Notenemission gegeben wird, und zwar auf Anlage der Rechnung nach der Kopfszahl. Darf denn wirklich bei Erwägung der Ausgabe von Banknoten die Kopfszahl entscheidend sein? Das ist ein Moment, welches die Sache äußerlich deckt, aber nicht innerlich. Aber ich tadle das ganze Princip, daß man auf diese Einzelabfindung eingegangen ist. Das nenne ich eine particularistische Politik, die uns in allen Punkten mehr eine zerstückende Kraft als eine vereinigende einführt und wenn irgend wo eine

solche Politik schlecht angebracht ist, so ist sie es bei der Frage um die Verkehrsmittel. Denn ich habe die Hoffnung, daß diese Frage mit Rücksicht auf ihre große Bedeutung nicht einmal im Centrum principieller Gegner finden wird. (Widerstuch im Centrum.) Daß Einzelne von Ihnen widersprechen werden, beweise ich ja nicht, aber daß da, wo die Verkehrsinteressen auf der einen Seite und die Lust, das Reich nicht allzusehr einseitig zu gestalten auf der anderen, da gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß wir auch von Ihrer Seite für die erfragten Alternativen Anhänger finden werden.

Nun sagt der Finanzminister: Man hat mir keine Vergleichsanerbietungen gemacht. Ich verstehe ganz wohl, wenn bei einem Gutkaufe sowohl Käufer als Verkäufer jeder auf das erste Gebot des andern warten (Seiterlei); in der Finanzpolitik aber kann ich diese Schüchternheit nicht ganz am Platze finden, den hier handelt es sich um die Interessen des Landes, und hat man sich in einem Vorhange geirrt, so erkennt man das gern an und nimmt unannehmbare Propositionen zurück. Mir wäre es in der That viel lieber gewesen, der preussische Finanzminister hätte aufzutreten und sagen können: ich habe das Angebot gemacht und wollte die preussische Bank auf billigen Grundlagen in eine Reichsbank umwandeln lassen. Ich zweifle, ob er dann wirklich heftigen Widerstand gefunden hätte, und wenn dies dennoch der Fall gewesen wäre, so wäre er hier im Hause überwunden worden. Aber aus gegenseitiger Zurückhaltung die bei jeder Bankgesetzgebung fundamentalsten Fragen nicht einmal in Erwägung ziehen, das scheint mir nicht eine Politik zu sein, bei der das Reich bestehen kann. Nun sagt aber der Finanzminister — und darin scheint mir materiell der Grund seiner Politik zu sein — wir haben gar keinen Grund zu dieser Maßregel, denn wir haben bereits die Centralbank, die Sie einsehen wollen, in der Preussischen Bank. Er fährt in seiner Rede aus: die Preussische Bank wird als Reichsbank auch nicht ein Jota mächtiger, sie hat bereits ihren ganzen Wirkungskreis. Wenn dieser Satz, was ich bestreite, richtig wäre, so würde Preußen noch ein viel größerer Vorwurf treffen, nämlich der, daß Preußen seinen Nutzen außer Deutschland sieht und nicht in ihm. (Zustimmung.) Aber man braucht nur die Regierungsvorlage zu lesen, um zu sehen, daß die Preussische Bank in vielen Punkten geschädigt wird durch die Fesseln, in die sie geschlagen wird, dieselbe bleibt, wenn sie nicht Reichsbank wird, territorial beschränkt auf den Raum, auf dem sie gegenwärtig zugelassen ist.

Der Finanzminister hat zwar darauf hingewiesen, daß auf den Antrag einer beliebigen Regierung sofort eine Bankcommanche in ihrem Gebiete errichtet werden könnte, aber das scheint doch mehr ein Scherz als etwas anderes: Kippe-Deimold, das eine Notenbank nicht bekommen hat, würde vielleicht einen solchen Antrag stellen; daß aber die anderen Staaten sich mit einem solchen Antrage beileben sollten, wird ein praktischer Finanzmann kaum annehmen. Durch diese Beugung der Preussischen Bank erleiden aber auch die Gesetzgeber Schaden: wir sind gar nicht mehr in der freien Situation, eine dem allgemeinen Interesse entsprechende Bankpolitik zu treiben. Sie legen der Preussischen Bank die Zwangsjacke an, dadurch, daß sie sich in ein Gesetz hineinpassen, welches für die übrigen keinen Banken auch passen soll. Solche gesetzgeberischen Kunststücke sind aber nicht zu lösen, wenn ich auch zugebe, daß man in den Bestimmungen der §§ 17—22 im Auge gehabt hat, die Preussische Bank bestehen zu lassen und doch die übrigen Banken genügend einzuschränken, und so ein elastisches Netz gezogen hat, durch das bald ein großer, bald ein kleiner Fisch hindurch gehen soll. Aber bei alledem ist die beabsichtigte Lösung der Aufgabe unmöglich. Lassen Sie mich nun noch einmal die so ungemein wichtige Frage der Contingentierung erörtern. Ich halte die hier aufgenommene relative Contingentierung der gegenwärtigen Vorlage durchaus entsprechend. Diese Form ist eine ingenüose Idee, die sich aber in der Praxis noch nicht bewährt hat. Warum aber sind Sie nicht auf eine feste Contingentierung gekommen? Einfach, weil dieselbe den kleinen Banken gegenüber nicht anbringbar war. Hätten Sie eine Reichsbank vor sich, so wären alle diese Unmöglichkeiten nicht nöthig gewesen, denn Sie bräuchten dann nicht die Grenze einer nach Zahlen contingentirten Summe.

Eine feste Contingentierung läßt sich aber nur mit einer unter staatlicher Autorität stehenden Bank vereinigen. Das Gesetz bestimmt dann die Grenze, bis zu welcher die Administration ungedeckte Noten ausgeben darf, während im äußersten Nothfalle die Ueberschreitung der Grenze unter der Verantwortlichkeit des Ministers zu erfolgen hat, vorbehaltlich der Zustimmung der Reichsvertretung. Das versteht man im modernen Sinne unter Contingentierung, und niemals ist die Beisache anders verstanden worden. Deswegen ist auch gleichgültig, ob Sie für Gemüth, die mehr besorgt sind, die Detropirungsklausel hineinsetzen oder nicht. Aber diese Fragen sind gar nicht zu lösen, wenn die Preussische Bank wirklich Preussische Bank bleibt und in dem übrigen Deutschland nicht wirkt, oder Neben-Commanche hat, so ist die Folge davon, daß, wenn einmal eine große Krisis eintritt, die Verwaltung der Preussischen Bank zunächst die Interessen Preußens in Betracht ziehen muß. Und wenn die Preussische Bank, wie der Herr Minister Camphausen sagte, schon jetzt die Macht hat, den ganzen deutschen Geldmarkt zu beherrschen, so ist die Folge davon, daß sie mit den Millionen, welche der deutsche Geldmarkt ihr gewährt, in Zeiten der Noth wahrscheinlich zunächst Preußen die Mittel zuwenden wird. Und das ist eine größere Schädigung für das Reich, als die 2 bis 300,000 Thaler, welche erspart werden können, wenn der Verkäufer abwartet, bis ihm ein Gebot gemacht wird. Wenn also auf Grundlage einer billigen Entschädigung die Umwandlung der Preussischen Bank in eine Reichsbank ohne große Schwierigkeiten zu erreichen ist, so fragt man sich, warum die Regierung diese Maßnahme nicht ins Auge gefaßt hat. Der Herr Präsident des Reichstanzleramtes sagte, die Reichsbank sei auch dem Reichstanzleramt sehr sympathisch gewesen, indessen ließen sich die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht so schnell überwinden, daß jenes Institut schon jetzt in das Gesetz, welches in dieser Session durchberathen werden soll, aufgenommen werden konnte. Ich warne Sie aber, ein Bankgesetz zu machen, bei welchem Sie jetzt schon in Aussicht nehmen, daß es nur wenige Jahre Gültigkeit haben soll.

Nachdem uns das Loos zugefallen ist, daß das deutsche Reich anzurichten, müssen wir uns auch gefallen lassen, daß wir in allen unseren persönlichen, gesetzgeberischen und öffentlichen Verhältnissen sehr lebhafteste Erschütterungen erfahren und unter Umständen diesen unendlichen Vortheilen gegenüber auch Nachteile, welche vergänglichlicher Natur sind. Aber häufen wir nicht selbst untergeordneter Gesichtspunkte wegen diese Opfer! Reguliren wir unsere Bankverhältnisse doch so, daß endlich ein Definitivum vorhanden ist. Zwei Monate etwa dürften hinreichen, um alle betheiligten Factoren zu gewinnen und selbst ein förmliches Wortum des preussischen Landtages herbeizuführen. Und wenn man, nachdem dieses Gesetz bei uns vollständig abgeschlossen ist, uns, um das Gesetz zu Stande zu bringen, auch auf ein oder zwei Tage zu einer dritten Sitzung einberufen sollte, so würden gewiß alle Mitglieder des Hauses gern die Reise machen. Ich halte mich an das gute englische Sprichwort: „Wo ein Wille vorhanden — ich meine einen kräftigen Willen — ist auch ein Weg vorhanden.“ Jetzt sind wir noch Herren der Preussischen Bank gegenüber, ist aber dieses Gesetz einmal erlassen, so haben wir auf 12 Jahre die Entscheidung aus den Händen gegeben. (Sehr richtig.) Und was zehn, zwölf Jahre in dem Leben eines eben neu und kräftig sich entfaltenden Reiches bedeuten, brauche ich wohl nicht erst zu sagen. Ich kann nicht leugnen, daß ich in dem Wege, den diese Vorlage eingeschlagen hat, den Mangel einer seit zusammenhaltenden Reichsfinanzpolitik gefunden habe, nicht durch die Schuld der Personen, sondern der Umstände, daß die Mitglieder des Bundesrathes und die Vertreter der Regierungen stillschweigend nebeneinander bergehen und wichtige Fragen der Reichspolitik gar nicht discutiren. Hat doch selbst der alte Bundesrath mindestens über die Sache discutirt; er ist zwar nie fertig geworden, während hier Aeußerungen schon der Anfang der Lösung der Aufgabe sind; um so wichtiger ist also die Pflicht eine Aeußerung zu geben, welche zur richtigen Lösung führen muß.

Vor Allem darf sich die Erkenntniß des Bittelbankens niemals von der höchsten Höhe des Staatsbegriffs lösen, der im Reiche das Reich ist. Jetzt haben wir auseinanderstrebende Geldoperationen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, wird eine Geldoperation von der preussischen Regierung in Verbindung mit der Seehandlung betrieben, eine andere Finanzpolitik wird getrieben von den Vertretern des Reiches im Reichstanzleramt mit den Geldern des Reiches und eine dritte Politik treibt die Preussische Bank. Das sind also drei völlig neben einander gehende große Geldinstitute, drei

Geldmächtigkeit ersten Ranges. Ist ein solcher Zustand halbar? Müssen Sie nicht danach streben, eine Institution zu erhalten, welche alles dies in sich concentrirt kann, ein Reichsfinanzministerium, eine Reichsverwaltung, eine Reichsbank, welche die Kräfte des ganzen Reiches zusammenzufassen weiß? Nach meiner Meinung darf weder die preussische Regierung noch das Reich in seiner Kasse Geld haben; die Gelder müssen sich dahin sammeln, wohin sie gehören. Nach meiner Ueberzeugung wird es, sobald wir eine Reichsbank haben, sofort in Betracht zu ziehen sein, daß dieselbe die Verwaltung übernimmt, sowohl für das Reich, wie für jeden Staat, der bei ihr ein Conto führen will, wie dies in England der Fall ist.

Alle solche Gedanken können Sie an eine Reichsbank anknüpfen; Sie ersehen sie aber niemals, wenn Sie eine Preussische Bank als Centralbank für sich bestehen lassen. Befreien wir uns von diesen Fesseln so schnell als möglich. An eine Commission muß die Vorlage verwiesen werden, weil sehr viele Einzelheiten der gründlichsten Ermägung bedürfen. Schließen wir aber die erste Verathung so ab, daß die Regierung Klarheit erhält, auf welcher Grundlage sie eine Vertheidigung mit dem Reichstage erzielen kann, und dann werden wir diese Frage — eine der wichtigsten, welche gegenwärtig das deutsche Reich beschäftigen und das deutsche Volk angehen — in großen Zügen lösen können, in den Zügen einer großen Politik und nicht überall behindert werden durch kleine Ziffern und kleine Rücksichten. (Beifall.)

Abg. Schröder (Stippstadt) (Centrum): Der Vorredner hat dem Schattenriß der Reichsbank wenigstens etwas mehr Leben gegeben, als es bisher gesehen ist, er hat gesagt, daß die Preussische Bank in die Centralbank umgewandelt werden soll. Ich kann aber den Verdacht nicht unterdrücken, daß diese positive Erklärung auch wohl den Zweck hatte, dem stark erschütterten Standpunkt der gestrigen Rede des Abg. Bamberger wieder aufzuhelfen. Warum hält man erst eine zweistündige Rede und läßt den Finanzminister eben so lange reden, und tritt mit einer solchen Erklärung erst heute herbor? Rücksichtsvoll mit der Zeit des Reichstages umgehen heißt das jedenfalls nicht. Ich will die Sache nicht auf das Feld der hohen Reichspolitik spielen, wie die Abg. Lasker und Bamberger es gethan haben, sondern sie nur vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachten. Die Gesehbilange beabsichtigt zunächst eine erhebliche Verminderung des ungedeckten Notenumlaufes durch Einführung einer Steuer von 5 Procent, sobald derselbe eine gewisse Summe übersteigt. In Wirklichkeit wird eine solche Steuer der Reichskasse gar nicht zufließen, denn der Umlauf ungedeckter Noten wird sich bald auf die in Aussicht genommenen 300 Millionen Mark beschränken. In den Jahren 1867 bis 1869 betrug der durchschnittliche Umlauf ungedeckter Noten 683 Millionen Mark. Wenn dieser Betrag auf 300 Millionen reducirt wird und somit 388 Millionen Mark verschwinden, so wird bei einem Zinsfuß von 5 Procent dem Lande eine Steuer von 18 bis 19 Millionen Mark jährlich erspart. Es wird aber noch mehr erspart, denn die Banken betrauen zur Leidesthörung ihrer Arbeit, seine Häuser mit ihrer Vertretung und die Gabeln die Credit an kleinere Geschäftsmänner weiter unter Abzug einer Provision; veranschlagen wir diese auf 1/2 Procent, so macht das im Jahre bei einem viermaligen Umschlage 1 Procent. Auch diese Steuer wird dem Lande erspart bleiben. Durch eine solche Einschränkung des Notenumlaufes wird nicht etwa die Industrie in ihrem Credit bekränkt, sondern der Credit wird dadurch auf dasjenige Maß zurückgeführt, welches gar nicht überschritten werden darf, ohne solche Katastrophen herbeizuführen, wie sie augenblicklich noch bestehen.

Dieser übermäßige Credit, der lediglich auf eingebildeten Werthen beruht, ist die Ursache, warum von Zeit zu Zeit in so aturter Weise Handelsalamitäten bei uns aufstreten. Es ist eine Redensart, daß die Industrie um so mehr schaffen kann, je mehr Credit sie hat. Die Industrie kann nicht mehr schaffen, als consumirt wird; die Consumption ist die richtige Begrenzung der Production; der übermäßige Credit ist nur ein Anreiz zur Speculation. Die Zurückführung der Betriebs-Capitalien auf das baar vorhandene Geld ist eine wirtschaftliche Nothwendigkeit, mit der wir in diesem Gesetze den Anfang machen müssen, ohne uns durch hohe Reichspolitik und Principienreiterei davon abhalten zu lassen. Ich kann es nicht unterlassen, auf die schwankende Haltung des Abgeordneten Lasker aufmerksam zu machen. Als es sich im preussischen Abgeordnetenhaus darum handelte, ob man den geheimen Refonds bewilligen solle, hat der Abgeordnete Lasker trotz der berühmten Rede des Abgeordneten Richter erklärt, der Theorie nach sollte man den Fonds nicht bewilligen, aber aus praktischen Gründen, um jede Vermittlung mit der Ministerbank zu vermeiden, stimmte er mit einem großen Theil seiner Fraktion für den Fonds. Heute macht er es umgekehrt. Er hält die indirecte Contingentierung für überaus praktisch, aber principieell besteht er doch auf einer Reichsbank. Der Zustand in Deutschland hat sich in letzter Zeit bedeutend verschlechtert; die rapide in die Höhe gegangenen Arbeitslöhne sind in letzter Zeit wieder gefallen, die Preise der Lebensmittel aber sind auf der früheren Höhe geblieben; daraus ist all das sociale Elend entstanden, welches wir in Deutschland sehen. Eine solche große Creditgenährung über das Baarvermögen des Landes hinaus, verleiht die Industrie zur Speculation. Ich kenne Eisenhütten, welche den zeitweiligen hohen Preis von 70 Silbergrößen pro Centner Kohlen für einen dauernden hielten, der sogar noch der Steigerung fähig wäre. Sie häuften ihre Producte auf und haben jetzt bei einem niedrigen Preise von 40—50 Silbergrößen die Production von 1—1/2 Jahren hoch verpendet auf dem Halfe; sie haben ihre Arbeiter entlassen müssen, und dadurch ist wieder das sociale Elend hereingebrochen.

Unsere ungünstige Handelsbilanz hat schon einen Goldabfluß herbeigeführt, so daß die Besorgniß erweckt wird, ob wir nicht erst dann zur reinen Goldwährung gelangen, wenn unser letztes Goldstück über die Grenze gegangen ist. Wir können unsern Credit nur durch Arbeitsamkeit und Sparsamkeit vermehren; die Franzosen sind seit dem letzten Kriege sparsamer geworden und der Größtentheil ist verschwunden; bei uns dagegen zeigt sich in neuester Zeit der Größtentheil; keiner will mehr so viel arbeiten als früher; wir haben die Beamten vermehren müssen, wir haben uns auf loslösele Unternehmungen eingelassen, ich erinnere nur an den Kulturkampf, von dem der Abg. Löwe gesagt hat, daß es uns bechieden sei, ihn für die ganze Menschheit durchzuführen. Ja, meine Herren, ich danke für die Besprechung, das kostet uns Arbeit, Zeit und Geld. Ich bin der Ansicht, daß wir in nächster Zeit den ungedeckten Notenumlauf noch weiter reduciren müssen. Wenn die „Nationalzeitung“, für die ich mich besonders interessire, weil der Abg. Lasker nur diese Zeitung liest, neulich in einem Artikel über das Bankgesetz gesagt hat, sie wolle von der französischen Bank und den Franzosen nichts wissen, so ist das eine alberne Redensart, die nicht auf objectiver Betrachtung beruht. Den Antrag Lasker halte ich für geschäftsordnungsmäßig unzulässig, es ist nicht statthaft, der Commissionsberathung von vornherein einen Knebel aufzulegen; mit einer Commissionsberathung bin ich einverstanden und beantrage, daß die Commission aus 21 Mitgliedern bestehen soll.

Abg. Richter (Sagen): Die Gegner der Reichsbank, zu denen ich gehöre, haben in dieser Debatte einen schweren Stand. Wir befinden uns in einer stark centralistischen Strömung; aber gerade weil diese so stark ist, sollte man sich ihr doch nicht so kritiklos hingeben, das könnte für die Weiterentwicklung unserer Zustände sehr verhängnisvoll werden. Wenn das allgemeine werden sollte, daß man eine Institution schon darum verwirft, weil sie sich nicht an das Reich anlehnt und weil das gestern von Herrn Bamberger gesagt, jede Institution unbedenken annehmen will, die unter der Firma des Reichs sich bei uns einführt, dann sind wir in der That nicht mehr fern davon, daß sich der Reichsenthusiasmus in einen Reichsanatismus verwandelt. In einer solchen Stimmung ist man denn ja auch glücklich schon soweit geblieben, daß selbst das Ultrago des Reichstanzlers, sein nächster Vertrauensmann in der preussischen Regierung kaum dem Schicksal entgehen konnte, als ein verächtlicher Particularist, um nicht zu sagen: als Reichsfeind angesehen zu werden. (Heiterkeit.) Ja selbst das Reichstanzleramt kommt halbwegs in den Verdacht. Hat nicht Herr Bamberger gestern mit einem Appell an den Reichstanzler gesprochen, er möge doch zusehen, daß der Präsident des Reichstanzleramts im Umde mit dem preussischen Finanzminister nicht die nationale Politik durchkreuze. Ich meinerseits habe in dem preussischen Finanzminister, was die Verhältnisse Preußens zum deutschen Reich betrifft, einen solchen fiscalischen Sinn, wie er ihm vorgeordnet wird, noch nicht bemerkt. Ich erinnere an die Art, wie die französische Kriegsentwädigung zur Vertheilung gekommen ist, an die Grundzüge, die Platz gegriffen haben im Verhältnis der norddeutschen Staaten zu einander, ich erinnere an die Art, wie die Reichsverhältnisse über das Reichsgebiet geordnet worden sind — wenn die anderen Regierungen in solchen Fällen so wenig Particularismus und fiscalischen Sinn gezeigt hätten, wie die preussische, dann würden viele der Verhandlungen rascher, als es geschehen, zum Abschlusse gelangt sein.

Dennoch habe ich die preussische Regierung erst von dem gehörten Vorwurfe freigesprochen, nachdem ich mich an der Hand einer nüchternen Rechnung überzeugt habe, daß die Anlage gegenstandslos ist. Man kann doch nicht particularistisch sein, als das *lucrum cossans*, um das es sich dabei handeln soll, groß ist, und gerade über die Größe des Gewinnes, den Preußen im nächsten Jahre aus seiner Bank ziehen wird, scheinen mir übertriebene Vorstellungen zu herrschen. Es ist wahr, der preussische Staat hat in den letzten Jahren einen großen Gewinn, im Durchschnitt der letzten 5 Jahre 2 1/2 Millionen Thaler aus der Bank gezogen. Ein großer Theil des Gewinnes rührt aber nicht aus dem Notengeschäft, sondern aus dem Gut-

haben aus der französischen Kriegskontribution her; das waren im Durchschnitt des Jahres 1873 83 Millionen Thaler, im Jahre vorher 23 Millionen Thaler gewesen. Der Abg. Lasker hat allerdings schon die Eventualität in das Auge gefaßt, daß eine Reichsbank die Kassengehäfte für das Reich führen müsse, allein dabei übersehen, daß unter normalen Verhältnissen das Reich kaum eine Kassenverwaltung hat. Die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchsteuern werden von den einzelnen Staaten erhoben, die auch vorweg die Ausgaben für Militär und Marine bestreiten. Selbst die Matricularbeiträge fließen nicht in die Reichskasse, sondern werden zum großen Theil compenirt. Das Reich hat darum nicht einmal eine Reichshauptkasse, sondern seine Gehäfte werden durch die preussische Generalstaatskasse wahrgenommen. Ziehen Sie feruer die Zinsen des preussischen Einlagekapitals und den Nutzen in Betracht, den die Bank lediglich auf Grund der preussischen Gesetzgebung aus dem Depositengehäfte hat und der mit der neuen Vormundschaftsordnung zum Theil weggelassen wird, so würde sich nach Abzug alles der Gewinn schon auf eine Million ermäßigen. Davon kommt noch die Hälfte der neuen Reichsteuer von 600,000 Thaler in Abzug.

Wenn Preußen particularistisch ist, kann sein Particularismus nur ein 1/2 Particularismus sein, denn mit 1/2 participirt es an den Reichseinnahmen und trägt es zu den Reichsausgaben bei. Es handelt sich somit für Preußen höchstens um einen Verlust von 2 bis 300,000 Thlr. Nun hat die preussische Regierung der preussischen Staatskasse schon freiwillig einen Verlust zugefügt, indem sie sich mit der empconotischen Notensteuer einverstanden erklärt. Kann man daher annehmen, daß sie nicht auch auf einen geringen Gewinn verzichten würde, wenn dies die Voraussetzung einer von ihr für richtig erkannten Bankpolitik sein würde? Herr Abg. Bamberger sagte, Preußen wolle ein Präcipuum und man wolle ihm das geben, wenn das preussische Ubrgefaß sich nicht weigere, ein Präcipuum anzunehmen. So liegt die Frage gar nicht, sondern vielmehr so, ob Preußen allein unter den vielen deutschen Staaten auf ein Präcipuum verzichten soll. Nicht bloß Preußen, sondern auch viele andere deutsche Staaten erheben von dem Notengeschäfte in ihren Grenzen ein Präcipuum. Der preussische Staat bezieht auch seinen Gewinn aus der Bank nicht umsonst, er muß die Noten der Bank an seinen Staatskassen annehmen. Unter gewöhnlichen Verhältnissen haben wir Vortheil davon, wenn die Noten der preussischen Bank auch außerhalb Preußens umlaufen; entsteht aber eine Krisis, dann strömen alle diese Noten an die preussische Staatskasse zurück und die Garantie des preussischen Staates für die preussischen Noten wird eine Wirklichkeit. Ich würde es daher für eine wesentliche Kräftigung der Solidität der preussischen Finanzen halten, wenn dieses Risiko nicht mehr von Preußen allein, sondern vom ganzen deutschen Reiche getragen wird.

Der geringe, Preußen dafür eingehende Gewinn würde dagegen gar nicht in Betracht kommen. Als es sich 1865 im preussischen Abgeordnetenhaus darum handelte, die Regierung zu ermächtigen, Filialen der preussischen Bank außerhalb der preussischen Grenzen zu errichten, da gehörte der Herr Abg. v. d. Heide, damals nicht Finanzminister zur Opposition, weil ihm die Vortheile einer solchen Ausdehnung geringer schienen, als die Verme rung des Risicos der preussischen Staatskasse. M. H., wenn ich gegen die Reichsbank bin, so ist es nicht aus Vorliebe für die preussische Bank als solche, sondern weil ich die preussische Bank auf ihrer heutigen Grundlage nicht für ein rationales Institut halte. Allerdings ist es der Standpunkt der liberalen Partei im preussischen Abgeordnetenhaus in den 50er Jahren und der Majorität im Jahre 1865 gewesen, der dazu führte, die Vorlage der Regierung, wonach Filialen im Auslande errichtet werden dürfen, abzulehnen. Und diesen Standpunkt halte ich auch heute für den richtigen. Der Abg. Waldeck nahm 1865 eine andere Stellung ein, als die Mehrzahl seiner Parteigenossen; Waldeck's Gedächtniß in Ehren, aber ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Lasker bereit ist, in wirtschaftlichen Fragen auch sonst überall Waldeck als Autorität anzuerkennen. Waldeck war z. B. bis zuletzt ein Gegner der Hypothekreform. Ja selbst in der Bankfrage kann sich Herr Lasker nicht vollständig auf Waldeck berufen, denn aus der damaligen Rede Waldeck's geht nichts weniger als eine Befreundung mit dem von Herrn Lasker adoptirten Princip der Contingentierung hervor. Wir befinden uns heute auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Gesetzgebung in einer, ich will nicht sagen reactionären, aber doch in einer Strömung, die gegen freiheitliche Principien reagirt. Die Verhältnisse, die infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen entstanden sind, schiebt man heute gern den freiheitlichen Gesetzen in die Schuhe, die vor dem Kriege erlassen sind.

Man ist jetzt wieder sehr geneigt, zur Bevormundung des Staates zu greifen und Staatsanstalten an Stelle der Privatindustrie herzustellen. Diese Strömung führt im Eisenbahnbau zum großen Staatsbahnbau, hier tritt sie auf dem Gebiete des Bankwesens herbor und empfiehlt große Central-Banken. Ich bedauere, daß der Herr Abg. Lasker in seinen Vorschlägen zur Gesetzgebung dieser gegenwärtig geltenden Strömung sich mehr anschließt, als ich wünschen muß bei der Autorität, die seine Meinung in allen Fragen hat. Gestatten Sie mir, von dem früher von der liberalen Partei geschloffen vertretenen Standpunkte aus die Thätigkeit eines solchen Central-Instituts, wie es die Preussische Bank ist, etwas kritisch ins Auge zu fassen. Die Preussische Bank treibt also Geschäfte, indem sie Wechsel aufweist und dafür Banknoten ausgiebt. Bei diesem Anlauf von Wecheln ist sie eine wesentliche Stütze des Großhandels und der Großindustrie. Die Preussische Bank schafft nicht neue Capitalien, sie wirkt nur für die Vertheilung des vorhandenen Capitals. Dabei aber kann sie einer Klasse von Bürgern nicht billiges Capital schaffen, ohne es für die anderen Klassen zu vertheuern. (Sehr richtig!) Die mitunter auftretenden Klagen, daß die Preussische Bank wesentlich die Notablen der Großindustrie und des Großhandels begünstige, sind nur insoweit unbedeutend, als sie von der Bank etwas verlangen, was dieselbe ihrer ganzen Natur nach nicht geben kann; denn diese Bank kann auf individuelle Creditwürdigkeit keine Rücksicht nehmen, sondern nur denen Credit geben, die notorisch creditwürdig sind, d. h. den Notablen des Handels und der Industrie. In dem Maße also, wie sie ein Bankwesen centralisirt, muß die Creditwürdigkeit eingeschränkt werden, weil sich sonst die Credit-Gewährung nicht mehr von einem Punkte kontrolliren läßt. Herr Bamberger hat sich gestern auf das Urtheil des Handelsstandes berufen. Wir imponirt in dieser Frage nichts weniger als dieses Urtheil, am allerwenigsten das Urtheil des Deutschen Handelsstandes, denn der ist nicht weiter als die organische Vertretung des Großhandels und der Großindustrie.

Im Jahre 1865 sagte der Abg. v. Unruh im preussischen Abgeordnetenhaus: Wenn Sie bei einem neu zu errichtenden Credit-Institut auf das Urtheil und die Abstimung oder der Geschäftswelt hinweisen, so kommt mir das gerade so vor, als wenn Sie in einer Gesellschaft, die bei sehr gutem Appetit ist, zu später Mittagsstunde darüber abstimmen lassen, ob sie diniren wollen. Die Geschäftswelt hat ja ein ganz spezifisches Interesse daran, daß wenig Credit-Institute entstehen, die unter billigen Bedingungen arbeiten. Es schwärmt jetzt mancher, namentlich außerhalb Preußens, für eine Reichsbank, weil er meint, daß auch für ihn persönlich dabei etwas abfallen möchte. Aber wenn man namentlich in Süddeutschland erst nähere Bekanntschaft mit den Einrichtungen der preussischen Bank gemacht haben wird, dann wird man finden, daß es bei der Einrichtung und Handhabung der Creditliste oft sehr ungemächlich zugeht. Die preussische Bank hat als Central-Institut die Wirkung, daß sie einen gleichen Discontofuß im Lande herbeibringt. Wenn man aber künstlich diesen gleichen Discontofuß herbeiführen will, obwohl die natürlichen Voraussetzungen des Discontofußes landtäuflich verschieden sind, so halte ich das für eine eben so falsche Politik wie die Schutzpolitik im Verhältnis der einzelnen Staaten zu einander falsch ist. Herr Bamberger meint, alle großen und intelligenten Nationen haben solche Institute. Meine Herren, keine einzige Nation hat ein solches Institut wie die Preussische Bank. Vergleichen Sie nur die preussische Bank mit der französischen. Diese hat gar keine Filiale, die englische nur 10, die preussische aber mehr als 160. Die Folge unseres Nezes von Filialen ist die, daß überhaupt das Bankwesen im Lande sich nicht so entwickelt, wie es sich anberwärts entwickelt hat. Unter der Concurrenz der preussischen Bank leidet die Entwicklung des Bankwesens in Preußen überhaupt. Wenn sich die Banken in der letzten Zeit so viel mit Gründungen und Effectengeschäften abgegeben haben, so kommt das daher, daß sie aus dem Discontogehäfte durch die übermächtige preussische Bank hinausgedrängt sind.

Was heißt es denn überhaupt, wir wollen eine Reichsbank? Eine Reichsbank, wie sie England besitzt, ist die gegenwärtige Preussische Bank schon. Denn einmal beschränkt die englische Bank ihre Wirksamkeit fast ganz auf London. Dann dürfen ja die Noten der preussischen Bank schon in ganz Deutschland umlaufen. Der Unterschied zwischen Ihrer Reichsbank und diesem Gesetz besteht nur darin, ob Filialen der Preussischen Bank auch in denjenigen Staaten gegründet werden, wo sie bisher nicht gewesen sind. Man sagt nun, der Verkehr bedarf eines großen einheitlichen Circulationsmittels, das die Stelle von Geld vertritt und überall angenommen werden kann. Der Abg. Bamberger sagt, die Banknote muß wie Geld sein. Nun, m. H., eine Banknote machen Sie nicht zu Geld, wenn auch der Herr Reichstanzler selbst darauf schiebe, daß die Banknote Geld sein soll. Sollte man das wirklich jemals glauben, so würde man bei jeder Krisis um so jüher enttäuscht werden. Man rühmt der Preussischen Bank nach, daß sie 1866 und 1870 den Handelsstand so wesentlich unterstützt habe, daß er um so leichter die Kriegsverwirrung ertragen konnte. Dafür hat sich der Handelsstand weniger bei dem Directorium der Preussischen Bank, als bei dem

preussischen Generalstabe zu bedanken. Ohne die raschen und durchgreifenden Erfolge des preussischen Heeres würde der Preussischen Bank diese liberale Creditgewährung sehr schwer bekommen sein. (Sehr richtig!) Wenn eine Staatsmacht reichlich ist, kann sie nicht allein die finanzielle Ordnung des Staats aufrechterhalten, sondern außerdem den Handelsstand unterstützen. Wenn sie aber Niederlagen erleidet, dann bekommen wir ein anderes Bild. Die französische Bank ist vor dem Kriege mindestens ebenso solide verwaltet gewesen, wie die preussische, sie hat viel größere Deckungsmittel, wenn ich nicht irre, deren 70 Procent gehabt, und gleichwohl hat sie unmittelbar nach der Schlacht von Wörth, noch vor der Entscheidung von Metz, ihre Zahlungen eingestellt.

Der Abg. Bamberger rühmt ihre guten Dienste bei der Zahlung der Milliarden, aber wenn man seine Schulden nicht zu bezahlen braucht, ist es sehr leicht, gegen Dritte freigebig zu sein. Herr Bamberger scheint die Zahlungseinstellung einer Centralbank während eines Krieges als etwas Normales anzusehen, damit Gold für den späteren Gebrauch der Regierung reservirt werde; ich aber kann mir nichts Schlimmeres denken, als wenn einmal zu den Schrednissen des Krieges noch der Zwangscours und Papiervährung in Deutschland träte. In Preußen hatten wir noch lebhaft die Zustände der Befreiungskriege in der Erinnerung, wo die Kassenscheine bis zu einem Courswert von 22 gefunken waren, als 1866 mobil gemacht wurde. Ich erinnere mich sehr wohl eines Tages im Mai 1866, wo ich in der Jägerstraße dem Schauspiel eines Sturmes auf die Bank zusah. Alles schleppte Silberstücke heraus, und das ganze Personal war aufgeboten, um zu zählen. Daß alsbald wieder eine Wenigung eintrat, verdanken wir den raschen Siegen der Armee. Man sagt, daß eine große Centralbank notwendig sei, um die Goldwährung durchzuführen. Ich kann mir wohl denken, daß dazu es notwendig ist, den Notenumlauf in Deutschland zu contingentiren, ich kann aber nicht einsehen, daß es dazu nötig sei, eine Centralbank einzurichten. Mir scheint die Meinung, daß man durch eine Centralbank den Gebotverehr beherrschen könne, eben so irrig, als die Meinung, daß ein Staat etwa den Getreidehandel, die Aus- und Einfuhr von Getreide reguliren könne.

Man verweist uns auf die Bank von England: dieselbe aber ist etwas ganz anderes, als die preussische Bank und die Centralbank, sie stützt sich auf ein sehr entwickeltes Bankwesen im Lande, auf ein sehr entwickeltes Depositengehäfte und Checksystem, das wir niemals bekommen werden, da die Filialen der preussischen Bank eine solche Entwicklung des Bankwesens in den Provinzen unmöglich machen. Nur auf Grund solcher Entwicklung des freien Bankwesens ist es möglich, daß die englische Bank gewissermaßen die Kasse des ganzen Landes ist. Aber, wenn Sie die Engländer selbst hören, so werden sie Ihnen sagen, daß auch die englische Bank gar nicht die Macht und Bedeutung hat, den Geldverkehr des Landes zu reguliren. Der frühere Bankgouverneur Sanley jagt in einer Schrift über die englische Bank, daß viele Leute irrthümlich glauben, die Bank von England habe die Macht, den Disconto niedrig zu halten und andererseits für die Sicherheit des Geldmarktes dadurch zu sorgen, daß sie die Anforderungen von Geld, welche der Markt stellt, durch Erhöhung des Discontofußes rechtzeitig beschränkt. „Der Glaube, sagt er, daß die Bank von England den Zinsfuß regelt, ist durchaus irrig. Er schildert sodann, wie die größere Nachfrage nach Geld bei der Bank von England erst eintritt, wenn die anderen Banken und Kapitalisten nicht mehr so billig discontiren und wie dann auch die Bank von England ihren Discont erhöhen müsse, weil ihr sonst alles Geld sofort abgenommen werde, während der Zinsfuß doch steigt. Die Bekanntmachung eines bestimmten Discontofußes von Seiten einer solchen Bank ist also keine Regulirung des Discontofußes, sondern eine nachträgliche Acceptirung des Discontofußes, der durch Nachfrage und Angebot bestimmt würde. Das schlägt die Ausführung, die darauf geht, eine große Centralbank könne durch Erhöhung des Discontofußes ohne Weiteres die Goldausfuhr hemmen. Wir können uns das Grempel auch in Preußen selbst machen. Im Juli und August r. B. sind 20-Markstücke nicht bloß ausgeführt, sondern auch im Inlande eingeschmolzen worden, was mir ein Einsamler selbst berichtet hat, indem er genau vorrechnete, was er dabei verlor. Diese Markstücke hatte er von einer Filiale der Preussischen Bank bezogen.

Herr Michaelis erklärte 1865 als Abgeordneter: „Wenn Sie für die Preussische Bank Filialen im Auslande begründen, so vermehren Sie dadurch die Gefahren für Aufrechterhaltung der Metallwährung. Denn Sie vermehren die Masse, durch welche in der bequemsten Weise das Metall ausgeführt werden kann.“ Die Preussische Bank war in diesem Sommer gar nicht im Stande, den Disconto gegenüber der Ausfuhr zu erhöhen, weil der Privatdisconto auf 2 1/2 bis 3 Procent stand, während sie selbst schon 4 Procent forderte. Sätte man damals eine Erhöhung einreden lassen, so würde Niemand von ihr Geld geordert haben. Die Preussische Bank ist erst zu einer Erhöhung gekommen, als der Privatdisconto nahezu den Satz erreicht hatte, der bisher für die Bank gegolten hatte. Man spricht so viel von den Wirlungen der Preussischen Bank während der letzten Jahre. Mir ist es durchaus zweifelhaft, ob die Preussische Bank in denselben mehr genützt oder geschadet hat. 1872 vermehrte sie ihren ungedeckten Notenumlauf um 42 Millionen Thaler, während sämtliche Privatbanken denselben nur um 13 Millionen vermehrten; erst im Jahre 1873 fing die Bank zu reagiren an, als von einer Krisis in Wien die ersten Symptome herbortraten. Ob nicht die Preussische Bank zu stark reagirt, lasse ich dahingestellt. Es war sehr leicht für sie wegen des starken Zuflusses aus der Contribution. Ob sie sich nicht zu streng in der Bewegung des Wechselbiscontos gezeigt hat, will ich nicht unteruchen, aber das wurde allseitig wahrgenommen, daß der deutsche Geldmarkt gerade die höchste Spannung in Momenten zeigte, wo Frankreich seinen Antheil an der Contribution zahlte und der Bank überwiegt. Die Ansichten über eine Centralbank beruhen auf einer Unterschätzung dessen, was die Privatbanken leisten, sie beruhen auf dem Glauben an eine gewisse Unfehlbarkeit eines Hauptbank-Directoriums. Der Abgeordnete Bamberger führt noch mehr in seiner Vorlesung als in seiner gestrigen Rede aus, die Einsicht in einer solchen Behörde würde geschärft durch das Gefühl der ungeheuren Verantwortlichkeit, die sie zu tragen hat, eine Wiederholung des Satzes: „Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand.“

Wenn das so einfach wäre, warum dann nicht lieber gleich den Social-Demokraten entgegen kommen und auch andere Zweige der Production centralisiren im Großen. Staatsanstalten? Nein, m. H., das thun wir aus dem Grunde nicht, weil wir sagen, jede büreaukratische Weisheit wiegt das nicht auf, was beim Privatmann die Concurrenz wiegt, in der er mit anderen Privatpersonen steht. Das Gefühl, daß er selbst persönlich für den Schaden aufkommen muß, der durch seine Handlungsweise eintritt, die Preussische Bank hat aber keine Concurrenz, und eben deshalb fehlt auch die Kritik gerade der Sachverständigen. Was noch von Concurrenz da ist, wird ausüben, wenn aus der Preussischen Bank erst eine Centralbank geworden ist. Man legt nun noch einen Werth auf die Aufsicht des Reichstanzlers und des Reichstages über eine solche Bank. Herr Bamberger sagt allerdings, wir brauchen einen Reichsfinanzminister. Ja, meine Herren, das haben wir schon seit Jahren gesagt und es ist bei dem Wunsche geblieben; daß aber auch ein Reichsfinanzminister nicht immer Alles zur Zufriedenheit leisten kann, mag Herr Bamberger daraus ersehen, daß der preussische Finanzminister die Münzfrage so wenig zu seiner Zufriedenheit geleitet hat. Wenn man nun noch auf den Reichstag Bezug nehmen will, so verspreche ich mir von der Aufsicht des Reichstages über eine Reichsbank gar nichts; ich glaube nicht, daß eine 400köpfige Versammlung im Stande sei überhaupt zu einer Initiative zu kommen und einen Beschluß zu fassen. Bevor ein solcher zu Stande kommt, hat der Geldmarkt längst ein anderes Gesicht bekommen. Der Abgeordnete Lasker sieht aber in der Controlle des Reichstages gerade die Spitze seines Systems. Nun, meine Herren, davor ist mir besonders bange, daß der Reichstag künftig die Summe bestimmt, welche contingentirt werden soll. Es ist ja für eine Majorität überaus verführerisch, bloß mit der Bewilligung einer Ziffer Credit zu gewähren und Capital im Lande zu spenden.

Kommen wir zu einer Reichsbank, so würde es schon heißen, wir müssen höher contingentiren, um dieselbe des Reiches würdig auszustatten. Am meisten fürchte ich Einwirkungen von oben auf die Reichsbank, die nicht geschäftlicher, sondern politischer Natur sind. Vor einigen Jahren hieß es einmal, die preussische Bank müsse ihren Disconto eigentlich erhöhen, unterlasse es aber, um in dem Moment, wo Frankreich seine Zahlungen leistet, keinen unangenehmen Eindruck zu machen. Ob der Herr Reichskanzler sich wirklich derartig eingemischt hat, will ich vollständig dahin gestellt sein lassen. Für mich beweist die Zeitungsnachricht nur, wie nahe die Beziehungen zwischen auswärtiger und Discontopolitik liegen können, und wie gefährlich es ist, die Fäden, die einerseits die Discontopolitik, andererseits die auswärtige Politik leiten, in dieselbe Hand zu legen. Eine Centralbank bringt große Gefahren für den Constitutionalismus, sie ermöglicht es der Regierung, Geld zu bekommen, ohne die Zustimmung der Volkvertreter (Rebner bezieht sich auf die geschickliche Anleihe der Seebanlung im Jahre 1832 für die Regierung.) Die Probe auf die Tugend der preussischen Bank sei noch nicht ernstlich gemacht, die Regierung habe in der Confliscenzzeit auch ohne Bank Geld genug gehabt. Bei der Conberirung einer Anleihe im Jahre 1862 habe die preussische Bank bei einer nach Ansicht des Abgeordnetenhauses geschicklichen Maßregel mitgewirkt. Auf den Bankausfluß und dessen Widerstandskraft sei nach den damaligen Erfab-

rungen nicht allzu viel zu geben. Schlimm sei es, wenn als auf die letzte Schatzkammer für den Constitutionalismus man sich auf das politische Gewissen einiger Geheimen Commerzienräthe verlassen müße.

Nach alledem will ich die Wirksamkeit der Preussischen Bank nicht ausdehnen, sondern einschränken. Ich billige ihre Contingentirung und würde noch weiter gehen und die Annahme ihrer Noten an öffentlichen Kassen untersagen. Ich will den Banken alle künftigen Sätze, insbesondere die Staatsstriche entziehen, dann brauche ich ihnen in ihrer natürlichen Spähre desto weniger Beschränkungen aufzuerlegen. Wenn wir den Privatbanken jetzt nicht größere Freiheiten gewähren können, so rührt dies daher, weil die Einsicht des Publikums über die Unterschiede zwischen Geld und Noten systematisch verwirrt ist durch die langjährige Politik der deutschen Regierung, die Privilegienwirtschaft, die Vermengung von Bank- und Staatskredit, die Gleichstellung von Banknoten und Kassenscheinen bei der Annahme an öffentlichen Kassen. Das Publikum bedarf daher zunächst einer heilsamen Kur durch Verbannung aller kleinen Apoinits, für welche ein Bedürfnis bei der Goldwährung nicht mehr vorhanden ist. Ich möchte aber diese Noten nicht früher ausschließen, als bis die Goldwährung wirklich eintritt, denn bis dahin bedarf man im Verkehr noch der kleinen Noten, weil man sich mit dem schweren Silber nicht schleppen will. Ist es nach den gestrigen Ausführungen des Ministers Champoussin möglich, die Goldwährung früher einzuführen, so bin auch ich bereit, durch ein Specialgesetz den Termin für die Einführung kleiner Noten zu verfrühen. Mehr als ein solches Gesetz aber werden wir in dieser Session nicht zu Stande bringen. Eine Majorität ist bis jetzt nur vorhanden für die Negation des Regierungsentwurfes. Wie die Centralbank eingerichtet werden soll, darüber gehen die Ansichten zwischen Lasker, Bamberger und Sonnemann vollständig auseinander.

Hätte Herr Bamberger gestern nicht die letzten Ziele seiner Bankpolitik verhehrt, sondern wie am Schlusse seiner Eröffnungsrede ausgesprochen, daß er die Privatbanken vollständig verschwinden machen und die Einheitsbank nicht contingentiren wolle, so würde ein großer Theil von seiner Führerschaft abgefallen sein. Herr Lasker hat uns zwar heute für Herrn Bamberger ausgesprochen (weiterer), aber es gehört doch viel Beredsamkeit dazu, glauben zu machen, Herr Bamberger sei in diesen Tagen von allen seinen früheren Grundfäden zurückgekommen. Sind ihm doch selbst gestern späte Bemerkungen gegen den Automaten und den Mechanismus der Contingentirung entwichen. Herr Bamberger macht nur den ersten Schritt zur Centralbank mit Lasker gemeinsam, und denkt, haben wir erst die Centralbank, so wird es nicht schwer werden die Contingentirung fallen zu lassen. Bei dieser Meinungsverschiedenheit, fürchte ich, wird es der Commission ähnlich gehen, wie der Commission für das Reichstagsgebäude. (weiterer.) Man kann nicht beschließen, daß man ausziehen will, wenn man nicht weiß, wohinein ziehen. Vermeiden wir doch, ein solches organisches Bankgesetz zu überlassen; führen wir in dieser Session einen kürzeren Termin für den Ausschluß der Noten ein, so haben wir in dieser Session alles gethan, was der Augenblick erfordert. (Sehr richtig!) Sind erst die kleinen Noten verschwunden, ist die Goldwährung eingeführt, so ist das Terrain, auf dem wir zu bauen haben, ein viel übersichtlicheres. Ich bin überzeugt, die Verfrüherung, nach welchem System die organische Bankgesetzgebung aufzubauen sein wird, ist dann viel leichter und einfacher. (Beifall.)

Fürst von Bismarck: Der Vordredner hat behauptet, daß ich es verächtlich hätte, aus politischen Gründen eine Einwirkung auf die Höhe des Bankdiscontos auszuüben; ein solcher Versuch ist meinerseits weder bei der Zahlung der französischen Kriegskontribution noch sonst jemals gemacht worden. Abg. Sonnemann: H. die Ausführungen des Herrn Vordredners werden ohne Zweifel zur Klärung der Frage beitragen, aber wahrlich nicht in der Richtung, welche der Vordredner wünscht. Wenn ein so finanzkundiges Mitglied des Hauses uns versichert, daß der Schaden, welcher Preußen aus dem Verzicht auf die Preussische Bank erwachsen würde, keineswegs sehr groß sein, höchstens einige hunderttausend Thaler betragen werde, so ist diese Behauptung den gestrigen Ausführungen des Herrn Finanzministers gerade entgegengesetzt. Wenn Herr Richter uns ferner die Preussische Bank als eine so mangelhafte, schlecht verwaltete Institution schildert, so dürfte es logisch nicht für die Erhaltung dieses Institutes stimmen, er möchte sich vielmehr gegen das Gesetz, für Bankfreiheit u. s. w. erklären. Im Uebrigen habe ich allen Anlaß, von der gestrigen Debatte befriedigt zu sein. Zunächst habe ich mich gefreut, daß die Anhänger der Reichsbank, welche nach den Erwartungen vieler nur ein kleines Häuflein bilden würden, hier bereits die große Mehrheit bilden. Dann habe ich auch alles dasjenige gefunden, was ich früher über die Stellung des Herrn Finanzministers zur Frage geäußert habe.

Der Herr Finanzminister hat mit dankenswerther Offenheit erklärt, daß er nicht ohne große Entschädigung die Preussische Bank an das Reich abtreten würde; ferner daß die Centralbank bereits vorhanden wäre, indem man ja jedes Jahre lang die Preussische Bank die Rolle einer Centralbank spielen lasse. Ich habe dem Münzgesetze seinerzeit in jeder Hinsicht zugestimmt und dadurch den Beweis geliefert, daß mir jeder Gedanke einer tendenziösen Opposition ferne liegt. Ich glaube auch, daß die ziffermäßigen Mittheilungen, welche die Herrn vom Bundesrathe gemacht haben, geeignet sind zu beruhigen, allerdings unter der Voraussetzung, daß wir bald eine wirkliche Reichsbank bekommen, welche der Münzpolitik auf Schritt und Tritt folgt. Denn darüber möge man sich nicht täuschen, die Gefahren, welche aus einer passiven Handelsbilanz entspringen, sind noch nicht beseitigt. Diese Gefahren sind nicht aus der Banknotencirculation entstanden. Sie sind in erster Linie eine Folge des übertriebenen Grundungsschwinds, wodurch unsere Industrie aus ihren ruhigen Bahnen herausgerissen wurde, und daher momentan concurrenzfähig ist, als früher. Diesen Zustand können wir aber am allerwenigsten dadurch verbessern, daß wir auf dem Gebiete des Bankwesens herum experimentiren und der Industrie den Credit beschränken. Auf diesem Wege würde unsere Industrie möglicherweise noch mehr gelähmt durch die Concurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte noch mehr herabgemindert werden. Das würde aber geschehen durch Annahme des vorliegenden Bankgesetzentwurfes.

Dagegen würden wir durch eine Reichsbank sicher erreichen die gute Durchführung unserer Münzwährung, auch eine geordnete Lösung der Bankfrage. Der Ansicht des Herrn Finanzministers, daß es besser wäre, die kleinen Noten früher einzulösen als 1876, trete ich bei. Es würde sich jedoch dieser Zweck viel sicherer erreichen lassen, wenn das Reich mit der Ausgabe seiner Kassenscheine bis 1876 zurückhielte, und so lange den Einzelstaaten und seinen bereiten Mitteln Vorschüsse zur Einführung des Staatspapiergeldes machen würde. Ich will keine Monopolbank in dem Sinne, daß außer der Reichsbank keine Bank Noten ausgeben dürfe. Das will vielmehr der Entwurf nach 1866. Ich wünsche vielmehr, daß eine Gruppe von lebensfähigen Mittelbanken neben der Reichsbank weiter bestehen bleibe. Die Einheit des Bankwesens leidet in England nicht darunter, daß mehrere Hundert Privatbanken neben der Bank von England existiren. Auch in Deutschland wird es gut sein, wenn der Reichsbank eine Concurrenz in einer Gruppe gesunder Mittelbanken gegenüberstehen würde. Ich habe auch nichts dagegen, wenn die Notenemission der Mittelbanken contingentirt wird. Dagegen würde ich hier eine Steuer vom Reinertrage der Steuer vom ungedeckten Notenumlaufe vorziehen. Was die Banken der meisten Staaten betrifft, so kann man ja in dieser Hinsicht an den Gesetzen und die ihm zu Grunde liegenden Compromisse mit Baiern, Württemberg, Baden, Hessen u. antnüpfen. Sachen müßten allerdings etwas weiter gehende Concessionen gemacht werden, denn die Behandlung Sachsens in diesem Entwurfe scheint mir in hohem Maße ungerecht zu sein.

Wenn der Entwurf aber den verschiedenen Zettelbanken pro 1876 das Todesurtheil gesprochen hat, so sollte man ihnen die letzten Jahre der Existenz nicht allzusehr erschweren, wie man ja einem zum Tode Verurtheilten die letzte Mahlzeit reichlich (weiterer). Allein es wird in Hinsicht auf Sachsen ein Ausweg gefunden werden und die Dresdener Kaufmannschaft hätte noch nicht nöthig gehabt, ihr Votum mit schwarzer Einfassung zum Zeichen der Trauer uns vorzulegen. Ich hoffe, daß sich außer mir noch mehr Mitglieder aus verschiedenen Staaten finden werden, welche bereit sind, den Ansprüchen Sachsens gerecht zu werden. Hinsichtlich der Centralbank bin ich nicht für die Contingentirung. Die Erfahrungen, welche man damit in England gemacht hat, sind nicht geeignet, einen ruhigen Beobachter zur Nachahmung dieses Experimentes zu animiren. Nach 30jähriger Erfahrung hat sich — wie Leyb in seinem kürzlich erschienenen Buche unwiderleglich nachweist — herausgestellt, daß die Banactie von 1844 weder Krisen verhindern, noch mildern konnte. Wohl aber hat sie die Gefahren im Creditwesen vermehrt, da sie zur Folge hat, daß der Zinssatz jeder Stabilität entbehrt und denselben häufig weit unter das naturgemäße Niveau herabdrückt, ihn dagegen zu anderen Zeiten wieder über normale Verhältnisse hinausschraubt. Der zu niedrige Zinssatz reizt zur Speculation, der zu hohe bereitet dem Verkehr die größten Gefahren. Aus diesem Grunde giebt es viel mehr Leute in England, welche uns um unser rationelleres Bankwesen (der Preussischen Bank) beneiden, als solche, welche die Banactie heute noch verteidigen.

Wenn es übrigens nur möglich sein sollte, auf Grundlage einer indirecten Contingentirung die Majorität des Reichstags für die Annahme der Reichsbank zu bestimmen, würde ich hierin vielleicht eine Concession machen. Denn bei der Reichsbank, welche von Staatsbeamten geleitet wird, die nicht auf die Erzielung einer hohen Dividende in erster Linie sehen werden, hat

die Sache weniger Gefahr. Diese Ansicht scheint auch dem Beschlusse des Handelstages zu Grunde zu liegen. Die praktischen Kaufleute haben sich gesagt, bei der Reichsbank wandert die Steuer aus einer Tasche in die andere, d. h. es ist einerlei, ob das Reich seinen Gewinntheil in dieser oder jener Form bestimmt. Was nun die Entschädigungsfrage betrifft, so ist glücklicherweise von der Entschädigung der Privatbanken nicht mehr die Rede. Was Preußen betrifft, so giebt der Herr Finanzminister zu, daß die Regierung bereit sein werde, die Entschädigung nach den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit festzustellen. Die Rechnung, welche der Herr Finanzminister aufgestellt hat, stimmt mit diesen Ansichten allerdings nicht überein. Was Preußen als Entschädigung für Einlösung des Papiergeldes zu fordern hat, wird ihm Niemand verweigern wollen. Im Uebrigen steht es fest, daß die Gewinne der preussischen Bank zum beträchtlichen Theile aus der Verwaltung der Reichskasse und aus nicht-preussischen Filialen geflossen sind. Mit welchem Rechte will die preussische Regierung für den Verzicht auf diese Gewinne entschädigt sein.

Ein Vorschlag, den ich Ihrer Erwägung anheimgebe, ist folgender: Das Reich garantiert Preußen während der Dauer von zehn Jahren den Durchschnittsgewinn der preussischen Bank aus den letzten zehn Jahren. Würde der verhältnismäßige Antheil Preußens an dem Gewinne der Reichsbank in einem Jahre geringer sein, dann würde es den Unterschied als Principium erhalten. Auf diese Weise könnte Preußen sich nicht beklagen, einen Verlust erlitten zu haben. Dem Reiche würde es aber sehr wenig kosten, da nach meiner festen Ueberzeugung die Reichsbank ein entsprechend größeres Erträgniß liefern wird. Auf diese Weise würde Preußen dem Vorwurfe entgegen, daß es die thatsächlichen Verhältnisse zum Nachtheil der übrigen Staaten ausbeuten will. Die Sache hat auch ihre politische Seite. Der Süden hat mit dem Reiche Lasten genug übernommen. Hier bietet sich eine Gelegenheit, eine moralische Eroberung im Süden und selbst in Ost-Preußen zu machen und Sie sollten dieselbe aus kleinlichen Rücksichten von der Hand weisen? Es ist sonderbar genug, daß ich, den Sie gemeinlich als Reichsfeind bezeichnen, die preussische und die Reichsregierung auf den großen Fehler aufmerksam machen muß, den sie mit der Verweigerung der Reichsbank machen würde. Die ganze Haltung der Regierung erinnert lebhaft an die Haltung Preußens in der Zollvereinsfrage, wo es die günstige Stimmung des Südens für die Herstellung der Zollunion erst nach jahrelanger Zögerung zu benutzen wußte. Die Frage hat aber auch ihre wichtige sociale Seite. Banknoten werden in den Motiven als ein Ausfluß des Münzregals bezeichnet.

Es ist also eine der größten Ungerechtigkeiten, wenn sie den Gewinn, welcher dem Reiche und allen Steuerzahlern zukommt, an Preußen oder 2400 Privatactionäre oder Reichsrentnäre überlassen wollen. Ich würde die Bank ausschließlich aus Reichsmitteln dotiren, da ich keines der hiergegen ausgeprochenen Bedenken theile, will man aber sie die nächsten zehn Jahre den Actionären einen mäßigen Zinsgewinn einräumen und alles übrige dem Reiche, so werde ich mich dem auch nicht widersetzen, da bei dem nächsten Termine Niemand mehr an die Zulassung von Privatcapital denken wird. Es haben sich allerdings, wie ich dem Herrn Abgeordneten Richter einräume, auf diesem Gebiete manche große Wandlungen in den Anschauungen vollzogen, weil man sich überzeugt hat, daß die freie Concurrenz zur Ausbeutung der Gesamtheit durch Wenige führt, und zu der Ansicht gelangt, daß der Staat durch positive Leistungen diese Ausbeutung verhindern müsse. Neben der Bankfrage zeigt sich diese Wandlung auch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens. Man kann etwaigen unberechtigten Forderungen der socialen Parteien nur entgegen treten, wenn man den gerechten Forderungen sich nicht entgegen stemmt. Der Gewinn aus der Reichsbank wird einen erheblichen Beitrag zu den Metricularen liefern, die man ja von allen Seiten besitzig wissen will. Noch will ich schließlich davor warnen, daß Sie dem jetzigen Universalmittel der Notengegner, den Depositenbanken, keinen übertriebenen Werth beilegen möchten.

Depositenbanken können treffliche Dienste leisten, aber sie können ebenso wenig Krisen verhüten als jedes andere Banksystem. Das hat uns die amerikanische Krisis von 1873 wieder recht handgreiflich gezeigt. Wo man Depositenbanken mit Ernst und Eifer ins Leben gerufen hat, haben sie auch reuifirt neben den Notenbanken. Ich schließe mit der Hoffnung, daß es gelingen wird, auf diesen oder ähnlichen Grundlagen das Bankgesetz zu Stande zu bringen. Besser als die Annahme der Regierungsvorlage wäre es nach meiner Meinung, wenn das Gesetz gar nicht zu Stande kommen würde.

Um 3 1/2 Uhr verlag das sichtlich ermüdete Haus die Debatte, die mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen für heute schließt. Wir haben aus derselben die Erklärung des Abg. Richter hervor, daß er seine Aeußerung bezüglich der Beeinflussung des Geldmarktes und Discontos durch den Reichskanzler nur mit äußerster Reserve und nicht als Ausdruck seiner eigenen Meinung gethan, sondern nur den Zweck verfolgt habe, dem Reichskanzler Gelegenheit zu einer näheren Aufklärung zu geben. Sie wird morgen (Mittwoch 11 Uhr) fortgesetzt, außerdem steht auf der Tagesordnung der Antrag Sonnemann auf Aufhebung des Straßerfahrens gegen Reimers, Hasselmann und Geib, der Antrag Stenglin und Wahlprüfungen.

Berlin, 17. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Erb-Kämmerer im Herzogthum Schlesien und freien Standesherrn Grafen von Malan auf Schlos Müllitz, Regierungsbereich Breslau, das Kreuz der Comthure des königlichen Hausordens von Hohenzollern; sowie den Baumeistern Walter Kilmann und Wolph Heyden, Beide zu Berlin, den rothen Adlerorden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den außerordentlichen Professor an der medicinischen Fakultät zu Bonn Dr. Finkelnburg zum Medizinal-Rath ernannt. Die Regierungs-Ärztlichen Friedrich zu Born und Kilmann in Stralsund sind zu Mitgliedern der Provinzial-Steuer-Directionen zu Altona beziehungsweise Kassel ernannt worden. — Der Medizinal-Rath, außerordentlicher Professor Dr. Finkelnburg zu Bonn ist dem Medizinal-Collegium der Rheinprovinz überwiesen worden. — Der ordentliche Lehrer Dr. Hugo Wachendorf am Matthias-Gymnasium in Breslau ist zum Oberlehrer befördert worden. — Der praktische Arzt Dr. Prigge zu Kirchen ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Altenkirchen ernannt worden.

In der Sitzung der königlichen Akademie der Wissenschaften am 12. November c. sind die Herren Giacomo Lombroso und Graf Carlo Baudi di Vesme, Beide in Turin, zu Correspondenten ihrer philosophisch-historischen Klasse gewählt worden.

Dem Gas-Ingenieur W. J. Warner zu South-Shields und dem Gas-Uhrenfabrikanten W. Cowan zu Edinburgh ist unter dem 14. November d. J. ein Patent auf eine Gasuhr auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 17. Nov. [Se. Majestät der Kaiser und König] conferirten heute mit dem Kriegsminister, hörten die Vorträge des Generals von Albedyll und des Polizei-Präsidenten von Nabal und nahmen im Beisein Sr. königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, sowie des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besichtigte gestern in Köln die Fortschritte des Dombaus, sowie mehrere Wohlthätigkeits-Anstalten und die Flora. — Ihre Majestät besuchte das Militär-Lazareth und war in einer musikalischen Aufführung des Conservatoriums für Musik unter Leitung des Kapellmeisters F. Hiller anwesend. — Allerhöchstdieselbe speiste bei dem Baron von Oppenheim und besuchte in Bonn den Feldmarschall von Herwarth. (Reichs-Anz.)

\*\* Berlin, 17. November. [Zur Affaire Arnim. — Circular an die Strafanstalten.] Im Interesse der Vertheidigung sind vom königl. Stadtgericht die mündlichen Verhandlungen gegen den Grafen Arnim gegen den früher beabsichtigten Termin um eine Woche verschoben worden. Dieselben werden, wie jetzt definitiv bestimmt worden, am 9. December und an den folgenden Tagen stattfinden. — Zunächst sind über den Grafen Arnim gemäß § 223 der Criminal-Ordnung („da der Richter bei allen Verhaftungen mit Schonung verfahren muß, so kann er nach dem Stande, Range, oder anderen persönlichen Verhältnissen des zu verhaftenden . . . durch Anführung von Stadt-, Haus-Arrest u. Sicherheits-Maßregeln treffen.“) Hausarrest verfügt worden, unter der Androhung, daß er, sobald er aus seiner Wohnung sich ohne Erlaubniß, resp. Aufforderung des Stadt-Gerichts begiebt, sofort wieder nach der Stadt = Vogtei übergeführt werden wird. — Der Minister des Innern hat durch einen an die königl. Regierung zu Legnitz unter dem 13. d. M. gerichteten Erlaß bestimmt, daß bei Regulirung des neuen Arbeitstarifs für die Strafanstalten, die in der Circular-Verfügung vom 10. December 1872 gebachte Prämie für Lehrlinge, welche 3 Pf. pro Tag nicht über-

schreiten soll, vom nächsten Jahre ab auf 3 Pf. Reichsmünze (statt 2 1/2 Pf.) in maximo festgesetzt werden darf. Dagegen bleibt für den in der gedachten Circular-Verfügung genannten Betrag für Zusatz-Nahrungsmittel von 6 Pf. in Zukunft der Satz von 5 Pf. Reichsmünze stehen.

[Marine.] (S. M. S. „Ariadne“) ankerte am 2. November c. Früh auf der Rhede von Port-Said, lief mit Tagesanbruch in den Hafen ein und beabsichtigte am 8. d. M. die Reise durch den Canal fortzusetzen.

### Provinzial-Beitung.

—p. Breslau, 18. November. [Männerversammlung der alten städtischen Ressource.] In der gestern Abend im Hotel de Silésie abgehaltenen Versammlung führte der Vorsitzende, Herr Liebermann, bezüglich der Agitation zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen zunächst aus, daß weder die Fortschrittspartei noch die Nationalliberalen irgend welche praktische Thätigkeit entfalten haben. Die Hauptthätigkeit für die Stadtverordneten-Wahlen liege diesmal in den Bezirksvereinen. Der Vorsitzende gab hierauf eine Uebersicht über die bisher aufgestellten Candidaten. Eine Discussion hierüber fand nicht statt. — Die projectirte Waldfeier zum Andenken an die Entlassung Waldeck aus dem Gefängniß vor 25 Jahren soll nach der Mittheilung des Vorsitzenden am 3. Dec. d. J. stattfinden. Die Festrede bei dieser Feier, zu welcher alle Männer des Jahres 1848 eingeladen werden sollen, wird Herr Dr. Stein halten. Auch eine musikalische Aufführung ist bei dieser Feier in Aussicht genommen. Herr Rosenthal wünscht, daß das Fest als ein Volksfest gefeiert und deshalb ein großes Local ausgewählt werde, um verschiedene Vereine einladen zu können. Herr Freund befragte, nur bestimmte Vereine, wie die hiesigen Turnvereine und Ortsvereine, in corpore einzuladen. Herr Cohn betont, daß, wenn man im Sinne der Freiheit handeln wolle, keine Exklusivität herrschen dürfe. Herr Kottlaczek schließt sich den Ausführungen des Vordredners an, um die Sache der Demokratie wieder einmal sprechen und sich bemerkbar machen zu lassen. Herr Hoffrichter, welcher sich ebenfalls für eine allgemeinere Feier ausspricht, beantragt, die weiteren Arrangements einem zu wählenden Comité zu überlassen. Nach einer Mittheilung des Hrn. Dr. Frankel werden sich die Mitglieder des Turnvereins „Borwärtis“ zahlreich betheiligen. In das vorgeschlagene Comité wurden zum Schluß der Versammlung gewählt die Herren: Dr. Stein, Stadtrath Hildebrandt, Stadtrath Jörn, Sanitätsrath Dr. Eger, Justizrath Bouneß, Rechtsanwalt Freund, Dr. Esner, Redacteur Krebs, Kaufmann Hoffrichter, Kaufmann Labwitz, Dr. Rich, Dr. Binoff, Disponent Kalisch, Redacteur Semrau, Buchdrucker Althöft, Kaufmann Gressner, Dr. Frankel, Dr. Steuer und Herr Schadow. Außerdem soll der Vorstand der Ressource in diesem Comité eintreten, welches Herr Labwitz zur ersten Sitzung einberufen wird.

+ [v. Carnall +.] Ein hervorragender Beamter und langjähriges Mitglied der städtischen Verwaltung ist plötzlich von uns geschieden. Gestern Nachmittag starb am Nervenschlage der königl. Geh. Oberbergrath und Berghauptmann a. D. Dr. Rudolf v. Carnall. Wie schon erwähnt, gehört derselbe seit mehreren Jahren dem hiesigen Magistrats-Collegium als Mitglied an.

u [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der leztverfloffenen Woche sind hierorts politisch angemeldet worden: Als geboren 91 Kinder männlichen und 83 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 174 Kinder, wovon 37 außerehelich; als gestorben 67 männliche und 68 weibliche, zusammen 135 Personen incl. 8 todtgeborener Kinder.

Δ Steinau a. D., 17. November. [Wiederholungs-Prüfung. — Gewerbevereine.] Vom 9. bis 14. November fand unter dem Vorsth des königlichen Regierungsraths und Provinzial-Schulraths Herrn Ranke im hiesigen königlichen Lehrer-Seminar die Wiederholungsprüfung statt, an welcher sich 33 Lehrer betheiligten. Nach abgelegtem Examen, welches eine volle Woche in Anspruch nahm, wurde 30 Lehrern in ihrem Abgangseugnisse die Befähigung zugesprochen, ein Schulamt selbstständig zu verwalten, während 3 Examinanden im Laufe der Woche mit der Weisung — künftiges Jahr wiederzukommen — entlassen wurden. Letztere hatten in einem der vier Hauptfächer, wie sie in den „Allgemeinen Bestimmungen vom 15. October 1872 vorgeschrieben sind, den an sie gestellten Anforderungen nicht genügt. — In der gestern Abend abgehaltenen Sitzung des hiesigen Gewerbevereins, welche sehr zahlreich besucht war, setzte Herr Barrer Hoffmann den Bericht über seine Reise durch Italien fort. Die Versammlung ehrte den Redner durch Erheben von den Plätzen.

M. Königsdorff-Jahrzemb, 16. Nov. [Lebensgefährliche Wege.] Vor einigen Tagen lehrten unsere Amtsvorsteher, Herr G. und Herr A., vereint im Gala-Wagen des Letzteren von Ratibor über Loslau zurück. Da die Dunkelheit bereits sehr vorgeschritten war, beschloßen die Herren, lieber die bereits von leztmtem Fuhrwerk besahrene neue Chausseestrecke zu benutzen, wie auf jenem alten Loslauer Wege sichtsicheren Gefahren entgegen zu gehen. So wurde denn die neue Strecke befahren und Alles ging nach Wunsch bis zur Potemka-Mühle, wo der Bau wegen einer noch anzuführenden Brücke unterbrochen ist — und um es kurz zu sagen — dort wurde der abfahrende Weg verfehlt und stürzten die Herren Amtsvorsteher mit Kutscher, Pferden und Gala-Wagen den 10 bis 15 Fuß hohen Damm herab. Wunderbarer Weise hatte die frisch geschüttete Erde des Damms und die dort bedeutende Böschung die rapide Nacht des Falles behindert, so daß nur ein Opfer wurde, und zwar der neue Gala-Wagen des Herrn A., dessen Aussehen ein sehr unglückliches wurde.

### Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 17. 18.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0° . . . . .	324 <sup>mm</sup> .63	327 <sup>mm</sup> .18	326 <sup>mm</sup> .99
Luftwärme . . . . .	+ 2 <sup>o</sup> .4	+ 0 <sup>o</sup> .8	+ 0 <sup>o</sup> .7
Dunstdruck . . . . .	2 <sup>mm</sup> .17	1 <sup>mm</sup> .99	2 <sup>mm</sup> .03
Dunstfättigung . . . . .	88 pCt.	93 pCt.	95 pCt.
Wind . . . . .	SW. 1	SW. 0	W. 1
Wetter . . . . .	trübe.	trübe.	bedeckt, Regen.

Breslau, 18. Nov. [Wasserstand.] D. B. 4 M. 8 Cm. U. B. — M. — Cm.

### Telegraphische Depeschen.

Rom, 17. Novbr. Fünfhundert definitive Wahlen sind bekannt, acht noch unvollständig; 284 von der Rechten, 216 von der Linken sind gewählt. 51 Wahlcollegien, früher durch Linke vertreten, wählten Rechte; in 43 Wahlcollegien fand der umgekehrte Fall statt. Von der Rechten sind 8, von der Linken 11 mehrmals gewählt; 3 Wahlen werden angefochten.

London, 16. November. Die Regierung hat die Ausrüstung und Ausfendung einer Polar-Expedition beschlossen, welche aus zwei Dampfern bestehen und im kommenden Mai unter Segel gehen soll. Der eine Dampfer wird von Martham geführt.

Konstantinopel, 17. Nov. Die an der Ermordung der Montenegroiner in Podgoriza besonders betheiligten 32 türkischen Unterthanen wurden zu 20jährigem Gefängniß verurtheilt.

Newport, 16. Nov. Hier eingegangenen Nachrichten zufolge hat in Costa-Rica ein Aufrüstung stattgefunden, welcher indessen alsbald niedergeworfen wurde. Ueber die Ursache desselben verlautet, daß die Bewohner von Nicaragua und Salvador versucht hätten, Joaquin Fernandez zum Präsidenten zu erheben. Die Insurgenten, welche sich vorübergehend des Hafens Puntas-Arenas bemächtigt hatten, wurden zerstreut. — Aus Panama wird gemeldet, daß die spanischen Ranonens-Boote „Tornado“ und „Gerona“ gelehrt hätten, Laguna zu bombardiren.

Southampton, 17. Nov. Der norddeutsche Lloyd-Dampfer „Nedar“ ist hier eingetroffen.

Newyork, 16. Nov. Der Dampfer „Caspian“ von der Allan-Linie ist in Portland eingetroffen. (A. Sirsch telegraphisches Bureau.)

London, 17. November. Der Gesundheitszustand der Kaiserin von Rußland ist durchaus nicht Besorgniß erregend. Gleich nach der

Laufe des jungen Prinzen beabsichtigen die russischen Gäste nach Petersburg zurückzuführen.

Berlin, 17. November. Jeder neue Börsentag scheint den vorhergegangenen in Bezug auf die Geringsfügigkeit der Umsätze zu betreffen zu wollen, wenigstens zeigte sich der Verkehr der jüngsten Tage in progressiver Abnahme begriffen.

Wien, 17. Nov. [Creditanstalt.] Wie gerüchelt wurde, unterbandelt die Creditanstalt mit dem Finanzminister wegen Begebung von 25 Millionen Gulden Papierrente, deren Erlös für den Bau von Eisenbahnen bestimmt sein soll.

Berlin, 17. November. [Productenbericht.] Roggen mußte heute abermals erheblich im Werthe zurückgehen, und selbst zu den gedrückten Preisen konnte es wegen mangelnder Kauflust nicht zu nennenswerthen Umsätzen kommen.

Wien, 17. Nov. [Creditanstalt.] Wie gerüchelt wurde, unterbandelt die Creditanstalt mit dem Finanzminister wegen Begebung von 25 Millionen Gulden Papierrente, deren Erlös für den Bau von Eisenbahnen bestimmt sein soll.

Berlin, 17. November. [Productenbericht.] Roggen mußte heute abermals erheblich im Werthe zurückgehen, und selbst zu den gedrückten Preisen konnte es wegen mangelnder Kauflust nicht zu nennenswerthen Umsätzen kommen.

Wien, 17. Nov. [Creditanstalt.] Wie gerüchelt wurde, unterbandelt die Creditanstalt mit dem Finanzminister wegen Begebung von 25 Millionen Gulden Papierrente, deren Erlös für den Bau von Eisenbahnen bestimmt sein soll.

Berlin, 17. November. [Productenbericht.] Roggen mußte heute abermals erheblich im Werthe zurückgehen, und selbst zu den gedrückten Preisen konnte es wegen mangelnder Kauflust nicht zu nennenswerthen Umsätzen kommen.

Wien, 17. Nov. [Creditanstalt.] Wie gerüchelt wurde, unterbandelt die Creditanstalt mit dem Finanzminister wegen Begebung von 25 Millionen Gulden Papierrente, deren Erlös für den Bau von Eisenbahnen bestimmt sein soll.

Berlin, 17. November. [Productenbericht.] Roggen mußte heute abermals erheblich im Werthe zurückgehen, und selbst zu den gedrückten Preisen konnte es wegen mangelnder Kauflust nicht zu nennenswerthen Umsätzen kommen.

Einladung in matter, schlechtes 108-110 Sgr. per 50 Kilogr. Alessani feine Qualitäten gut gefragt, neue rotte ordinaire 12-13 Thlr., mittel 13 1/2-13 3/4 Thlr., feine 14-14 1/2 Thlr., höchste 15 1/2 Thlr. pr. 50 Kilogr., weisse wenig zugeführt, ordinaire 15-16 Thlr., mittel 17-18 Thlr., feine 18 1/2-19 Thlr., höchste 19 1/2-21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Wien, 17. Nov. Die Einnahmen der franz.-östr. Staatsbahn betragen am 12. und 13. November 191,597 fl.

Berliner Börse vom 17. November 1874.

Table with columns: Wechsel-Couras, Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists various exchange rates and stock prices for different companies and locations.

Table with columns: Fonds- und Geld-Couras. Lists interest rates and prices for various government bonds and financial instruments.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists prices for railway preference shares from various companies.

Table with columns: Hypothekens-Certifikate. Lists prices for mortgage certificates from different banks and regions.

Table with columns: Anstaltische Fonds. Lists prices for various institutional funds and securities.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists prices for railway preference shares from various companies.

Table with columns: Anstaltische Fonds. Lists prices for various institutional funds and securities.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists prices for railway preference shares from various companies.

Table with columns: Anstaltische Fonds. Lists prices for various institutional funds and securities.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists prices for railway preference shares from various companies.

Table with columns: Anstaltische Fonds. Lists prices for various institutional funds and securities.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists prices for railway preference shares from various companies.

Table with columns: Anstaltische Fonds. Lists prices for various institutional funds and securities.

Bank-Discount 5 pr. Ct. Lombard-Zinssatz 6 pr. Ct.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Frankfurt a. M., 17. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 119 1/2. Barier do. 95 1/2. Wiener do. 107 1/2.

Hamburg, 17. November, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamb. Staats-Premien-Anleihe 108 1/2. Silberrente 68 1/2. Oesterreich. Creditactien 210.

Liverpool, 17. November, Nachmittags. [Schluß-Course.] Umfah 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest, schwimmende voll 1/2 billiger.

Manchester, 17. Novbr., Nachmittags. 12r Water Armitage 8, 12r Water Taylor 10, 20r Water Nicholls 11 1/2, 30r Water Gidlow 12 1/2, 30r Water Clayton 13 1/2.

Petersburg, 17. November, Nachmittags 5 Uhr. [Productenmarkt.] Salz loco 48, 00, per August 48, 00. Weizen loco - , - , per Mai 9, 25. Roggen loco - , - , per Mai 6, 50.

Amsterdam, 17. November, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen fest, Roggen fest, loco 121/2 Pfund 2000 Pfd. Zolllgewicht 47 1/2.

Amsterdam, 17. November, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen fest, Roggen fest, loco 121/2 Pfund 2000 Pfd. Zolllgewicht 47 1/2.

Amsterdam, 17. November, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen fest, Roggen fest, loco 121/2 Pfund 2000 Pfd. Zolllgewicht 47 1/2.

Amsterdam, 17. November, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen fest, Roggen fest, loco 121/2 Pfund 2000 Pfd. Zolllgewicht 47 1/2.



Lobe-Theater.

Mittwoch, den 18. November. Zum 1. Male: „Schulze.“ Pöffe mit Gejang in 1 Akt von Adolph Pflücker.

Thalia-Theater.

Mittwoch, den 18. November. Zum 6. Male: „Der große Wohlthäter.“ Volksstück mit Gejang in 3 Akten und einem Vorspiel von S. Wilken.

Achtung!

Donnerstag, den 19. November, von Mittags 12 Uhr ab habe ich im Gasthof zum „Gelben Löwen“ Oberstraße, eine vollständige elegante Equipage zum Verkauf.

Steyppeden, Steyppöde

werden sauber u. schnell gefertigt bei Wittwe Wankensfeld, Albstadtstraße Nr. 19, Vorderhaus 3 Treppen.

Oberschlesische Zweigbahn.

Vom 1. Januar 1875 ab tritt auf der Oberschlesischen Zweigbahn (Schmalspur) ein nach Kilometerstufen berechneter neuer Tarif in Kraft.

Rud. Pringsheim,

Transport-Unternehmer.

Echt Astrachaner Caviar

grau und großkörnig, versendet in 1, 2, 3, 4, 5 und 10 Pfund-Gebinden a Brutto-Pfund 1 Thlr. 12 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.